

Zeitschrift: Bauen + Wohnen = Construction + habitation = Building + home : internationale Zeitschrift

Herausgeber: Bauen + Wohnen

Band: 25 (1971)

Heft: 4: Service-, Kollektiv- und Kommune-Wohnbauten = Immeubles d'habitation pour communes, collectivités et leurs services = Service, collective and community housing

Artikel: Kommunehäuser für Jugendliche = Bâtiments pour communes de jeunes = Commune houses for young people

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333995>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommunehäuser für Jugendliche

Bâtiments pour communes de jeunes
Commune houses for young people

Bericht über eine Diplomarbeit (Herbst 69)
an der TU West-Berlin

Kristin Amman / Annette Benduski /
Klaus Brake / Dietrich Döpping /
Michihiko Kasugai / Michael König /
Gottfried Martini / Margarethe Rhode-Miske

Beitrag der Arbeit zur Diskussion um Berufspraxis und Ausbildung des Architekten

Die Darstellung des Projektes »Kommunehäuser für Jugendliche« soll weniger Beispiel für Bauplanung und -fertigung im mehr instrumentellen Sinn sein; eher stellt sie einen Beitrag dar zur Theorie und Praxis des Architektenberufs, d. h. der gesellschaftlichen Bedeutung und Wirkung seiner Inhalte und Methode. Die Arbeit ist bezeichnend für eine besondere Phase der Auseinandersetzung um die Neubestimmung von Berufspraxis und Ausbildung des Architekten. In der Erkenntnis, daß Architektur sich auch als künstlerische oder technische Disziplin auf keine Eigengesetzlichkeit berufen kann, welche die Verwertung durch das System verschleiert, und ausgehend davon, daß Architektur in der Reflexion der Berufspraxis ihr Verhältnis zum Prozeß der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse klären muß, ist diese Phase so zu kennzeichnen: Projekte sollten Wirkungszusammenhänge konzipieren, die mittels auch baulich-planerischer Maßnahmen Prozesse auslösen, in denen die Konflikte, die Handlungsanlaß waren, zugleich mit den sie auslösenden Bedingungen aufgehoben werden: statt Symptome zu kurieren, sollten Transformationen eingeleitet werden. Dies Konzept geht noch von der Annahme aus, baulich-planerische Maßnahmen – insbesondere »Architektur« – hätten eine unmittelbare, d. h. initiiierende und formende Wirkung auf Prozesse, also auf Bewußtsein und Handeln. In dieser Phase wurde erkannt, daß derart kurzgeschlossene Wirkungszusammenhänge nicht bestehen. Es war eher davon auszugehen, daß baulich-planerische Maßnahmen gewisse Handlungsformen behindern, d. h. andere unterstützen können, so daß die intendierten Folgen nur als Teil eines politischen Handlungskonzeptes aufgefaßt werden können, in dessen eindeutigen, umfassenden und zu realisierenden Zusammenhang die jeweiligen baulich-planerischen Maßnahmen daher stehen müssen. In dieser Phase der Berufspraxis-Diskussion sind als Forderungen die »Planung mit Betroffenen« und interdisziplinäre Kooperation als die entsprechenden Arbeitsformen Gruppenarbeit und »projektorientiertes Studium« entwickelt worden. Diese Phase findet ihren Niederschlag in der Wahl spezifischer Themen für Studien- und Diplomarbeiten.

Die Themenwahl unseres Projektes ergab sich aus der konkreten Erfahrung mit der Konfliktsituation, in der sich Jugendliche befinden, die zwischen Elternhaus und Fürsorgeanstalt keine altersgemäße Alternative zum Leben und Wohnen haben; das Auftreten der Konflikte gerade in baupolitisch problematischen Sanierungs- und Neubaugebieten und die materiell-räumlich erschwerte Arbeit

von Studenten- und Sozialarbeitergruppen mit diesen Jugendlichen wurde als gesellschaftlich bedingt erkannt; das ergab die Motivation für ein politisch-berufsbezogenes Projekt als Diplomarbeit. Den hochschulpolitischen Intentionen entsprechend wurde es als Gruppenarbeit und in interdisziplinärer Kooperation bearbeitet; die Kooperation war für die Problemphase (Erhellen der gesellschaftlichen Bedingungen des Konfliktes) wie für die Projektphase (Erarbeiten eines Lösungsvorschlags) vorgesehen; Kooperanten waren Betroffene, Sozialarbeiter, Sozial- und Erziehungswissenschaftler, Vertreter der Jugendfürsorge, Assistenten und Hochschullehrer. Die in dieser Phase enthaltene Problematik der Berufspraxis und der Umsetzung von Projektzielen in baulich-planerische Maßnahmen kennzeichnen auch dieses Projekt. Die historische Einordnung und die Erfahrungen in der Projektarbeit selbst erlauben eine knappe Einschätzung des Projektes; zur *Berufspraxis*: die Arbeit hat die Annahme bestärkt, daß Architektur – und ist sie noch so systemkritisch konzipiert – aus sich heraus nichts bewirkt; in der weiteren Zusammenarbeit mit sozialpolitischen Gruppen scheiterte die Realisierung einer Jugendkommune an der mangelnden Organisation der Jugendlichen wie der Sozialarbeiter, so daß – beim Fehlen notwendiger Voraussetzungen – das Projekt eher systemstabilisierend hätte wirken können. Zur *Hochschuldidaktik*: Gruppenarbeit zum Abbau innerfachlicher Spezialisierung, interdisziplinäre Kooperation zur Verschränkung von Theorie und Praxis und projektorientiertes Studium zur Integration berufsrelevanter Disziplinen können bei ausreichender Motivation auch in größeren Gruppen und Verbänden sowohl emanzipatorisch als auch organisatorisch positiv verlaufen; zur *Hochschulpolitik*: eine derart mit der Berufspraxisdiskussion verschränkte Ausbildungsreform wird politisch relevant nur über entsprechende Inhalte; die Organisation eines Jahrgangs (1969) von 130 Diplomanden in Projekten ähnlicher Intention wie dieses führte zum Konflikt; ein Potential, das möglicherweise systemunverträglich wirkt, wenn es zudem das Anpassungsinstrument der Einzelprüfung ablehnt, könnte den Ausbildungsauftrag zur Erhaltung der Baubranche in ihrem systemkonformen Zustand beeinträchtigen; für dies Projekt hat daher die Staatsaufsicht mit dem formalen Vorwand der Größe der Prüfungsgruppe das Diplom verweigert.

Sozialisationskonzept als Ziel der pädagogischen und architektonischen Maßnahmen

Für die Gruppe der Betroffenen war eine geeignete Erziehungsmethode anzunehmen, um eine ihr entsprechende Institution inhaltlich und baulich zu beschreiben, mit der »Disso-

zialität« im Jugendalter in ihrer Entstehung verhindert und bei ihrem Auftreten abgebaut werden kann. Damit soll ein Prozeß gesteuert werden, der im Augenblick mit seiner Behandlung so verläuft, daß jugendliche Dissozialität statt zum Abbau zu ihrer Ausweitung führt, indem sie auf spätere Lebensphasen übergreift. Von diesem Prozeß ist anzunehmen, daß er nur neuorientiert werden kann, wenn andere gesellschaftliche Vorbedingungen herrschen. Notwendig ist daher eine Verbindung des direkten (d. h. Abbau von Dissozialität als Nahziel) mit diesem allgemeinen Ziel (d. h. Verhinderung von Dissozialität durch veränderte gesellschaftliche Zustände als Fernziel). – Die Zielgruppe unserer Arbeit wird beschrieben durch allgemeine vitale, für die Pubertät phasenspezifische Bedürfnisse wie »Ablösung von den Eltern«, »Aufnahme neuer Objektbeziehungen« und damit »freie Wahl einer neuen Umwelt«. Die Nicht-Bewältigung von Bedürfniskonflikten unterbricht den »kumulativen Lernprozeß«, mit dem der Sozialisationsvorgang als eine Folge von Reifekrisen zur Reorganisation der »Ich-Struktur« auf einer jeweils höheren Stufe beschrieben wird, und beeinträchtigt dadurch die Entwicklung der »Ich-Stärke«, die durch Frustrationstoleranz, autonomes Handeln, Interpretation der Rolleninhalte, Kooperationsfähigkeit und durch entwickelte kognitive und emotionale Fähigkeiten umrissen werden kann. Aus der Anwendung dieser Merkmale auf Situationen, in denen sie wesentlich werden, ergibt sich als weiteres die politische Handlungsfähigkeit, die ihre Grundlage wiederum im Realitätsbezug findet, indem das Handeln darin besteht, politische Situationen auf die antizipierte Realität hin verändern zu wollen und dafür die Bedingungen des eigenen Handelns einzuschätzen. Die Zielgruppe besteht vorwiegend aus Jugendlichen der Unterschicht, da sie aufgrund ihrer klassenspezifischen Sozialisationsbedingungen einen besonders großen Anteil an den Fällen der Jugendfürsorge darstellen. Für die Absichten »Wahl einer neuen Umwelt« und »Aufbau einer neuen Bezugsgruppe« sind die geeigneten Mittel zu finden, die in ihrer Struktur über die Familie hinausgehen und das Erziehungsheim endgültig überflüssig machen. Die Kommune als eine Form kooperativen Wohnens macht die für den Realitätsbezug spezifische Kommunikation möglich; ihre günstigen Bedingungen stellen sich dreifach dar: *psychisch*, indem sie als Teil des Kampfes gegen positions- und organisationsbedingte Autoritäten konzipiert ist; derartige Autorität wird durch die Gruppe, in der sich diese Sozialisationsbedingungen darstellen, entbehrt. *soziologisch*, weil die Kommune zu unterschiedlich transparenter und differenzierter Rollendarstellung und -übernahme beitragen kann. *po-*

litisch, indem sie mehr ist als Konsumrationalisierung, d. h. Teil des praktischen Kampfes zur Überwindung des sozial hergestellten Mangels wird, kann sie die Kleinfamilie erfolgreich in Frage stellen und Vereinzelung verweigern, so daß sie als Kampf- und Arbeitskollektiv zur Auseinandersetzung mit strukturellen Mängeln des Systems als den wahren Ursachen individueller Schwierigkeiten kommt. – Das alternative Sozialisationsangebot »Jugendkommune« ist ein aus Wohn-, Arbeits- und Aktions-Gruppen aufgebautes Kollektiv. Die Wohngruppe (7–8 Jugendliche, denen 2 Erzieher zugeordnet sind) bildet für den Jugendlichen die primäre und wichtigste neue Bezugsgruppe. Sie hat gemeinsam eine Wohneinheit, bestehend aus Wohnräumen und aus gemeinschaftlich genutzten Räumen, die insbesondere Kommunikation und Kooperation ermöglichen und provozieren sollen. Arbeitsgruppen orientieren sich an den Interessen Einzelner; sie setzen sich aus Mitgliedern verschiedener Wohngruppen zusammen. In den Gruppen leben Jungen und Mädchen zusammen; eine Fluktuation zwischen den Gruppen soll möglich sein. Die Größe der Jugendkommune wird zwischen ca. 30 und 125 Mitgliedern liegen, je nachdem, ob das pädagogische Kriterium »Überschaubarkeit« oder die Selbstverwaltung mehr Gewicht erhält. Die Selbstverwaltung stellt sich als ein Mittel dar zur Bewältigung existentieller Konflikte mit der Vermittlung ihrer gesellschaftlichen Determinanten.

Umsetzung des Sozialisationskonzeptes in planerische und bauliche Maßnahmen

In der Kooperation der Problemphase wurde das Sozialisationskonzept so detailliert, daß es uns als Architekten möglich wurde, daraus planerische und bauliche Kriterien und Maßnahmen abzuleiten, um seine Verwirklichung zu unterstützen. Allerdings gelang es unter dem im Diplom gegebenen Zeitdruck nur unvollkommen, auch in der Projektphase die Kooperation als lückenlosen Rückkopplungsprozeß durchzuführen. Dieser methodische Mangel könnte bei Aufhebung des Prüfungsdrucks – z. B. durch studienbegleitende Prüfungen – ausgeschaltet werden.

Standortwahl

Für die Eingrenzung der für die Jugendkommune günstigen Standorte in West-Berlin sind soziale, räumliche und politische Kriterien bedeutsam.

Bei der sozialen Bestimmung des Standorts müssen Gebiete gefunden werden, in denen die soziale Distanz zwischen den Bewohnern der Kommune und der übrigen Bevölkerung so gering ist, daß zwischen ihnen Kommunikation – eine Voraussetzung zur positiven Konfliktbewältigung – möglich ist und daß die Isolierung und Kriminalisierung der Jugendlichen als einer Gruppe leicht erkennbarer Außenseiter (Getto-Situation) nicht auftritt. Die in den innerstädtischen Altbaugebieten vorherrschende Alters- und Sozialstruktur sowie die dort durch starke Gruppen von Gastarbeitern und Studenten vorhandene relative Toleranzbereitschaft gegenüber Minderheiten weisen den Ring der innerstädtischen Arbeiterviertel als günstigen Standort für Jugendkommunen aus. Allerdings werden durch die fortschreitende Flächenanierung in diesen Gebieten die sozialen Standortkriterien auch in wachsendem Maß von den neu entstehenden Trabantensiedlungen erfüllt, in die der größte Teil der Bewohner der Sanierungsgebiete verdrängt wird.

Die geringe räumliche Distanz bzw. kurzen Wegezeiten zu den Arbeitsplatzschwerpunkten und zu den für die Jugendlichen bedeutsamen Bildungs-, Vergnügungs- und Konsumeinrichtungen sowie die Verflechtung des privaten und des öffentlichen Bereichs in einer kommunikationsfördernden Bauweise sind die wesentlichen Kriterien zur räumlichen Bestimmung des Standorts. Die Interaktion – und damit tendenziell die Fähigkeit zur Konfliktbewältigung – zwischen den Jugendlichen der Kommune und der übrigen Bevölkerung kann durch eine gebaute Umwelt gefördert werden, in der eine Vielfalt zwangloser Kontakte spontan, d. h. auch: ohne großen Aufwand an Wegzeit, möglich ist. Auch diese räumlichen Standortkriterien werden in Berlin am weitgehendsten in dem von Massenverkehrsmitteln gut erschlossenen Ring der innerstädtischen Altbaugebiete erfüllt, der sich durch ein hohes Maß an funktionaler Mischung und baulicher Dichte auszeichnet.

Die politische Bestimmung des Standorts orientiert sich daran, die Jugendlichen der Kommune in den Arbeitsgebieten von Stadtteil- und Basisgruppen anzusiedeln, die ihnen organisatorischen Rückhalt bieten könnten, und die Jugendkommune als Bauprojekt demonstrativ in den Gebieten einzusetzen, in denen Staat und Privatwirtschaft bei der Bewältigung von Planungsmaßnahmen offensichtlich versagten. Beide Kriterien treffen auf die innerstädtischen Sanierungsgebiete und auf die neuen Trabantensiedlungen zu – insbesondere auf das nach den Profitinteressen von Bauindustrie und Wohnungsbaugesellschaften fast ohne Wohnfolgeeinrichtungen erstellte Märkische Viertel. Nach diesen Überlegungen wählen wir für die Realisierung einer Jugendkommune in West-Berlin drei Standorte aus, denen nach den jeweiligen Gegebenheiten drei bauliche Realisierungskonzepte zugeordnet werden:

Kreuzberg (innerstädtisches Sanierungsgebiet): Umbau eines vorhandenen Altbaus als Sofortmaßnahme für die Jugendlichen und als Beitrag zur Objektsanierung.

Schöneberg (innerstädtisches Sanierungsgebiet mit vielen Baulücken aus dem Weltkrieg): Neubau einer Jugendkommune für 120 Mitglieder in einer Baulücke als Möglichkeit zur weitgehend uneingeschränkten Verwirklichung der aus dem Sozialisationskonzept abzuleitenden Baumaßnahmen und als Beitrag zur stufenweisen Sanierung.

Märkisches Viertel (MV, neu entstehende Trabantensiedlung für 65 000 Einwohner): Umplanung zweier Geschosse eines bereits projektierten Wohnhochhauses für eine Jugendkommune mit 30 Mitgliedern als kurzfristige Maßnahme für die von der Fürsorge bedrohten Jugendlichen des Gebietes (starke Roker-Gruppen) und als Demonstrativvorhaben zur schnellen Überwindung der mangelnden Ausstattung des Gebiets mit Wohnfolgeeinrichtungen. Dieses Projekt soll im folgenden näher beschrieben werden.

Entwicklung der Raumprogramme

Aus dem Sozialisationskonzept lassen sich für die Raumprogramme und Funktionsschemata keine eindeutigen und endgültigen Schlüsse ziehen. Da das Maß der Konfliktbewältigung und damit auch das Maß der Interaktion in den Wohngruppen und in der Kommune von der jeweiligen psychischen Situation der Jugendlichen abhängt, kann daraus nur die Variationsbreite des erforderlichen

Raumangebots abgeleitet werden und als Flächenansatz und Zuordnungsbeziehung zur Entwurfsgrundlage gemacht werden.

Die *Räume im Wohnbereich* sind die privateste Einheit der Kommune. Hier ist für jedes Gruppenmitglied ein Wohn/Schlafraum (12 qm) vorgesehen, der entweder individueller Rückzugsbereich oder, zusammengeschaltet, gemeinsamer Wohnraum für Paare und Freundesgruppen sein kann. Zusammen mit der für jede Gruppe vorgesehenen Küche (20 qm) bildet der EB- und Informationsraum (30 qm) den Bereich der gruppeninternen Öffentlichkeit. Hier kann jedes Gruppenmitglied zwanglos und ohne Legitimation, die z. B. beim Aufsuchen eines Nachbarzimmers erforderlich wäre, den Kontakt zu anderen finden; hier kann an gemeinsamen Vorhaben (z. B. gemeinsames Essen, Anschaffung eines gemeinsamen Fernsehers etc.) Kooperationsfähigkeit, Realitätsbezug und Konfliktbewältigung entwickelt werden. Die Naßräume sind nach funktionalen Gesichtspunkten in Toiletten-, Wasch- und Baderäume untergliedert. Sie sollen wie die Küche so bemessen sein, daß sie für eine um den Richtwert von 10 Gruppenmitgliedern schwankende Größe ausreichend sind.

Für die gesamte Jugendkommune sind *Räume im Gemeinschaftsbereich* vorgesehen, die entweder vorwiegend kommune-interner Nutzung – insbesondere der Selbstverwaltung – dienen oder die als Anziehungspunkte für nicht in der Kommune lebende Jugendliche die Kontakte zur Außenwelt fördern. Für die vorwiegend kommune-interne Nutzung ist ein Büro für Verwaltungsarbeiten vorgesehen; hinzu kommt je nach Größe der Kommune ein Beratungsraum für die Selbstverwaltungsgremien und für Arbeitskreise; außerdem sind verschiedene Werkräume eingeplant.

Da die Kontakte zur Umwelt innerhalb der Kommune nur durch ein Raumangebot unterstützt werden können, das für Jugendliche innerhalb und außerhalb der Kommune gleichermaßen interessant und nützlich ist, sind je nach Größe und Standort Einrichtungen wie die einer Motorrad- und Autowerkstatt, einer Snackbar und für die Kommune mit 120 Mitgliedern, in der auch Kinder der Erzieher und der Jugendlichen in größerer Anzahl vorhanden sein dürften, die eines Kindergartens nach dem Modell der sozialistischen Kinderläden eingeplant. Von diesen Einrichtungen zur Unterstützung der Kontakte zur Umwelt ist für das Projekt im MV der Kinderladen nicht vorgesehen. Obwohl gerade in diesem Gebiet der Fehlbestand an Kindergartenplätzen besonders groß ist, verzichten wir wegen der geringen Größe der Kommune (30 Mitglieder) auf einen eigenen Vorschlag, zumal von einer anderen Diplomgruppe durch die Einplanung von Kinderetagen in bereits projektierte, aber noch nicht gebaute Wohnkomplexe ein praktikables Konzept erarbeitet wurde. Die technische Ausstattung und Versorgung der Kommune wird durch gemeinsame Wirtschafts- und Betriebsräume ergänzt, deren Anzahl und Größe sich nach den technisch-organisatorischen Forderungen bestimmt.

Entwicklung der Funktionsschemata

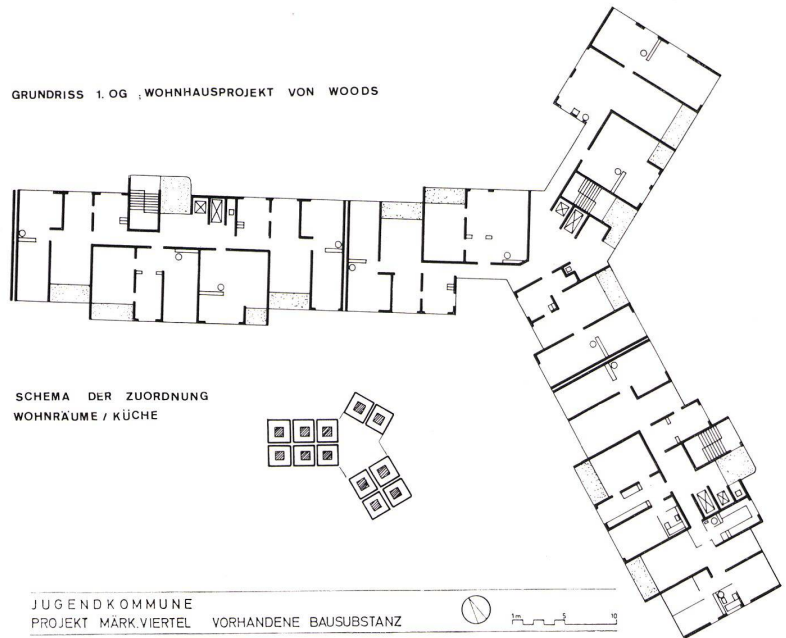
Auch die Ableitung der Funktionsschemata soll hier nur auf die für die Unterstützung des Erziehungskonzeptes wesentlichsten Zuordnungen beschränkt werden.

Da die Wohn- und Schlafräume nach der individuell unterschiedlichen Fähigkeit zu Kom-

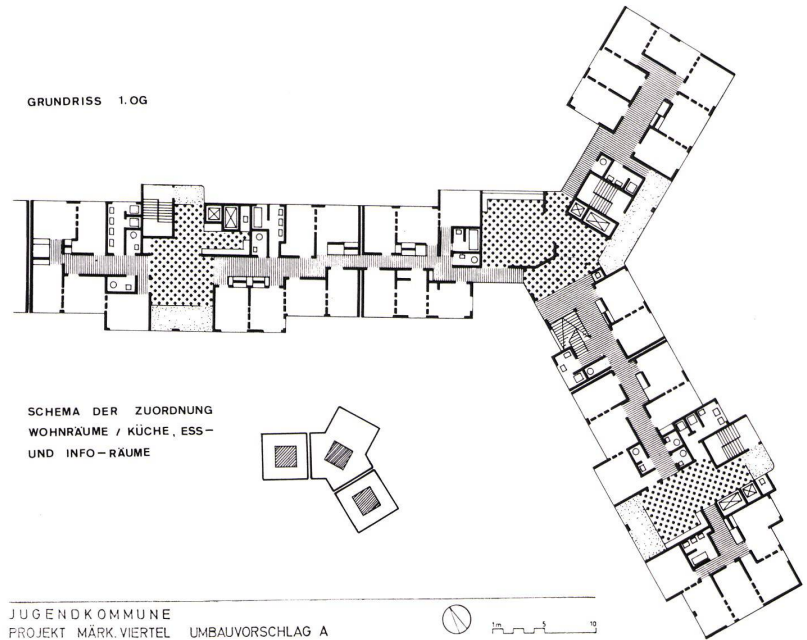
munikation und Konfliktbewältigung in einem noch nicht abschätzbaren und zudem veränderlichen Verhältnis sowohl als individueller Rückzugsbereich als auch als gemeinsamer Wohnbereich mehrerer Jugendlicher zu nutzen sein sollen, müssen sie untereinander schaltbar sein – z. B. durch mobile Schrankwände oder Türelemente. Daraus folgt die unmittelbare Zuordnung der Wohnräume zueinander. Da außerdem die affektive Beziehung der Jugendlichen untereinander ein wichtiges konstituierendes Element der Wohngruppen ist, läßt sich die Gruppengröße nicht genau festlegen. Daraus folgt, daß die Wohnräume von mindestens drei Gruppen in einer Ebene zusammenhängend angeordnet werden; die Anordnung fest umgrenzter, voneinander isolierter Gruppenbereiche schließt sich aus.

Aus der bereits skizzierten Bedeutung der Küchen und der Eß- und Informationsräume ergibt sich deren Zuordnung zu den Wohnräumen, die am ehesten durch die Anordnung im zentralen Gruppenbereich erreicht wird (siehe Umbauvorschlag A). Allerdings besteht hier leicht die Gefahr der Absonderung einer in sich relativ autarken Gruppe von den übrigen. Die exzentrische Lage der Küchen und Eß- und Informationsräume im Gruppenbereich ermöglicht dagegen, diese Räume für mehrere Gruppen zusammenzuschalten (siehe Umbauvorschlag B), wobei sich jedoch recht lange Wege von den Wohnräumen zu Küche und Eßraum ergeben; auch die räumliche Gliederung des zusammengeschalteten Komplexes wird problematisch. Das in Grundrissen dargestellte Projekt MV zeigt deutlich, wie sehr die jeweiligen Nachteile dieser beiden Zuordnungsmöglichkeiten beim Umbau vorhandener oder projektierter Bausubstanz durch die vorgegebenen Konstruktions- und Grundrißsysteme verstärkt werden können. Welcher der beiden Lösungsversuche das angestrebte Sozialisationskonzept am optimalsten unterstützt, müßte in der Praxis erprobt werden, doch wird die Realisierung unter den derzeitigen Machtverhältnissen nur schwer durchzusetzen sein.

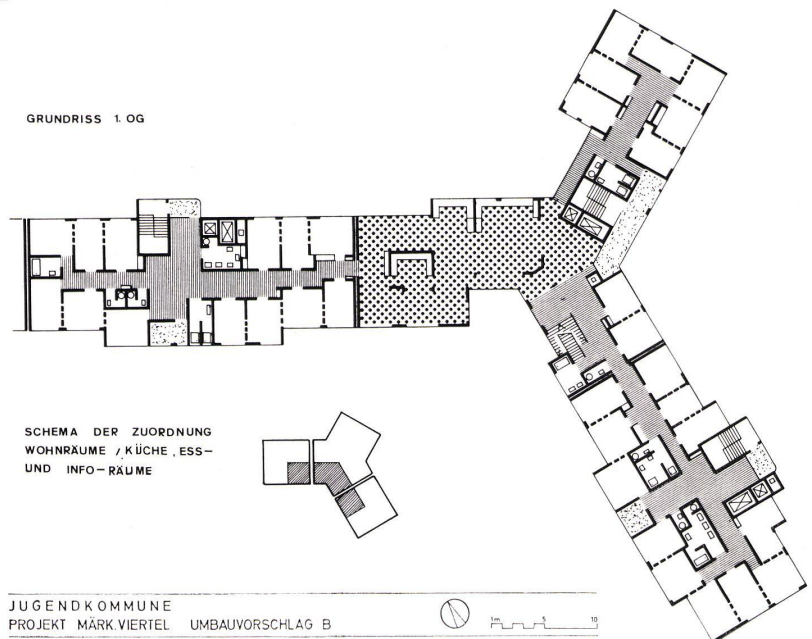
GRUNDRISS 1. OG ;WOHNHAUSPROJEKT VON WOODS



GRUNDRISS 1. OG



GRUNDRISS 1. OG



1
Grundriß 1. Obergeschoß Wohnhausprojekt von Woods.
Schema der Zuordnung Wohnräume/Küche.

Plan du 1er étage d'un immeuble d'habitation de Woods.

Schéma des relations des pièces d'habitation avec la cuisine.

Diagram showing relationship of living tracts and kitchen.

Plan of 1st floor, housing project by Woods.

2
Grundriß 1. Obergeschoß A.
Schema der Zuordnung Wohnräume/Küche, Eß- und Info-Räume.

Plan du 1er étage A.

Schéma des relations des pièces de séjour avec cuisine, salle à manger et locaux info.

Plan of 1st floor A.

Diagram showing relationships among living tracts and kitchen, dining-room and info rooms.

3
Grundriß 1. Obergeschoß B.
Schema der Zuordnung Wohnräume/Küche, Eß- und Info-Räume.

Plan du 1er étage B.

Schéma des relations des pièces de séjour avec cuisine, salle à manger et locaux info.

Plan of 1st floor B.

Diagram showing relationship among living tracts and kitchen, dining-room and info rooms.